

Az.: 10.24.10

Korrekturblatt

zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 08.02.2012

Grund der Korrekturen:

Offensichtliche redaktionelle Fehler

Die Korrekturen erfolgen	im TOP 5.2	Beschlussvorlage B-012/2012 Seiten 4, 5, 6 und 7 Namentliche Abstimmung und Wiederholung der namentlichen Abstimmung
	Im TOP 5.3	Beschlussvorlage B-013/2012 Seite 30 § 5 der Haushaltssatzung – Hebesatz für die Gewerbesteuer

TOP 5.2 – Beschlussvorlage B-012/2012

Namentliche Abstimmung

Frau	Barthold	Ja
Herr	Bauer	Ja
Frau	Dr. Becherer	Nein
Herr	Brückom	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Herr	Dr. Füsslein	Enthaltung
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Nein
Herr	Haase	Abwesend
Frau	Hochmuth	Ja
Herr	Höfler	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Nein
Herr	Horváth	Ja
Herr	Jahn	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Ja
Frau	Köhler	Ja
Herr	Kohlmann	Ja
Herr	Konrad	Ja
Herr	Kraneis	Ja
Herr	Dr. Langer	Nein
Herr	Lehmann	Nein
Herr	Leistner	Ja
Herr	Lesch	Enthaltung

Herr	Lohse	Ja
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Ja
Herr	Möstl	Ja
Herr	Müller	Ja
Herr	Dr. Neubert	Nein
Herr	Otto	Enthaltung
Frau	Pastor	Nein
Frau	Patt	Ja
Frau	Pester	Nein
Herr	Reinshagen	Abwesend
Herr	Rösler	Nein
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Frau	Schaper	Nein
Herr	Scherzberg	Nein
Frau	Schinkitz	Nein
Herr	Schinkitz	Nein
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	Enthaltung
Herr	Schmidt	Ja
Herr	Dr. Schubert	Ja
Herr	Dr. Schultz	Ja
Herr	Schulze	Nein
Herr	Siegel	Nein
Frau	Szymenderski	Enthaltung
Herr	Tillmann	Ja
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Walter	Ja
Frau	Weber	Nein
Herr	Wirth	Ja
Herr	Wolf	Nein
Frau	Zais	Nein
Herr	Zais	Nein
Herr	Ziems	Ja

Wiederholung der namentlichen Abstimmung

Frau	Barthold	Ja
Herr	Bauer	Ja
Frau	Dr. Becherer	Nein
Herr	Brückom	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Herr	Dr. Füsslein	Enthaltung
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Nein
Herr	Haase	Abwesend
Frau	Hochmuth	Ja
Herr	Höfler	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Nein
Herr	Horváth	Ja

Herr	Jahn	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Ja
Frau	Köhler	Ja
Herr	Kohlmann	Ja
Herr	Konrad	Ja
Herr	Kraneis	Ja
Herr	Dr. Langer	Nein
Herr	Lehmann	Nein
Herr	Leistner	Ja
Herr	Lesch	Enthaltung
Herr	Lohse	Ja
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Ja
Herr	Möstl	Ja
Herr	Müller	Ja
Herr	Dr. Neubert	Nein
Herr	Otto	Enthaltung
Frau	Pastor	Nein
Frau	Patt	Ja
Frau	Pester	Nein
Herr	Reinshagen	Abwesend
Herr	Rösler	Nein
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Frau	Schaper	Nein
Herr	Scherzberg	Nein
Frau	Schinkitz	Nein
Herr	Schinkitz	Nein
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	Enthaltung
Herr	Schmidt	Ja
Herr	Dr. Schubert	Ja
Herr	Dr. Schultz	Ja
Herr	Schulze	Nein
Herr	Siegel	Nein
Frau	Szymenderski	Enthaltung
Herr	Tillmann	Ja
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Walter	Ja
Frau	Weber	Nein
Herr	Wirth	Ja
Herr	Wolf	Nein
Frau	Zais	Nein
Herr	Zais	Nein
Herr	Ziems	Ja

TOP 5.3 – Beschlussvorlage B-013/2012

§ 5

Die Hebesätze sind wie folgt festgesetzt:
für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 350 v. H.
für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 540 v. H.
für die Gewerbesteuer auf **450 v. H.**

27.02.2012 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

27.02.2012 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 08.02.2012

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr – 20:53 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	58	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Dr. Ullrich Müller	CDU-Ratsfraktion	Urlaub
-------------------------	------------------	--------

Verspätetes Erscheinen

Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	16:16 Uhr, TOP 5.3; dienstlich
Herr Bernd Reinshagen	Fraktion FDP	18:59 Uhr; TOP 5.3; dienstlich

frühzeitiges Verlassen

Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	19:30 Uhr, TOP 5.3; dienstlich
--------------------	--------------	-----------------------------------

beratend Teilnehmende

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Herr Bürgermeister Rochold ist wegen Krankheit entschuldigt.

Sachverständige

Herr Ulrich Geissler	Geschäftsführer CWE
Herr Bernd Ruscher	Betriebsleiter DASTietz

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Andreas Ehrlich	Amtsleiter Amt 11
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15

Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Katrin Kretzschmar	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Herr Thomas Meyer	Amtsleiter Amt 52
Herr Jürgen Müller	amt. Amtsleiter Amt 40
Herr Frank Schubert	Leiter GMH
Frau Heike Steege	Abteilungsleiterin Abt. 50.4
Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter Abt. 51.1
Herr Michael Stötzer	Leiter GMH

Fraktionsangestellte

Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Stadtratsmitglieder sich per Abstimmanlage anzumelden, um die tatsächliche Anwesenheit erfassen zu können, welche auch entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es gibt keine Änderung der Tagesordnung. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

- 4 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass
-

Es gibt keine Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass.

- 5 Beschlussvorlagen
-

- 5.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung der digitalen Stadtratsarbeit
Vorlage: B-001/2012 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-001/2012

Der Stadtrat beschließt im Ergebnis des Modellprojekts „Mandatos“

1. die Software „Mandatos“ nicht anzuschaffen,
2. die papierlose, digitale Gremienarbeit mittels dem bereits vorhandenen Ratsinformationssystem einzuführen, sobald die Sächsische Gemeindeordnung die elektronische Ladung der Stadtratsmitglieder zu Gremiensitzungen zulässt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(55 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 5.2 Auflösung des Sachgebietes Fleischhygiene (39.04) wegen Wegfall der bisher bei der Gausepohl Fleisch GmbH in der Niederlassung Chemnitz verrichteten amtlichen Überwachungsaufgaben.
Vorlage: B-012/2012 Einreicher: Dezernat 1/Amt 11
-

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) beantragt, dass der Veterinär Herr Gruner Rederecht für die Betroffenen erhalte.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass für den Fall der Anhörung nicht zu dieser selbst, sondern im Anschluss zur Beschlussvorlage diskutiert werden könne.

Abstimmung über den Antrag auf Anhörung

**Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit mehrheitlich abgelehnt
(26 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Somit erfolgt keine Anhörung.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE der Vorlage nicht zustimmen werde. Das vorliegende Problem sei seit August 2011 bekannt. Er erinnert, dass es mit der Firma Gausepohl wiederholt Ärger gab und stellt fest, dass nun ein moderner Schlachthof auf Kosten der Beschäftigten geschlossen werde. Die Beschäftigten seien seit vielen Jahren Beschäftigte der Stadt und seine Fraktion denke, dass zumindest für die Betroffenen mit langjährigen Arbeitsverträgen der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen entsprechend des EKKo auch zutreffen müsse. Die Beschlussvorlage solle zurückgewiesen und die Betroffenen weiter beschäftigt werden.

Herr Bürgermeister Brehm führt aus, dass im Verwaltungs- und Finanzausschuss die Gründe für die jetzige Situation dargelegt wurden. Durch die Verwaltung wurden seit August 2011 20 Aktivitäten gestartet. Es wurden den Beschäftigten Stellen angeboten und es fanden Gespräche mit der Agentur für Arbeit statt. Die Verwaltung habe versucht Möglichkeiten aufzuzeigen, als auch Tätigkeiten anzubieten. Es liege in der Entscheidung jedes Einzelnen, wie er damit umgehe. Er legt dar, dass in den Bereichen, in welchen die Beschäftigten untergebracht werden könnten, Stellenstreichungen aufgrund von EKKo-Maßnahmen anstehen. Es wurde auch geprüft, ob dieser spezielle Fall der Dienstvereinbarung unterliege. Hierzu gäbe es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Aus der Gesamtverantwortung für die Stadt wurde diese Beschlussvorlage vorgelegt.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ihre Fraktion mehrheitlich ebenfalls die Auffassung vertrete, dass die Dienstvereinbarung auch für die betroffenen Beschäftigten gelte. Diese Dienstvereinbarung sei nicht lediglich auf EKKo-Maßnahmen beschränkt, wenn dem so wäre, bestehe die Gefahr, dass weitere Kündigungen zugelassen werden könnten. Ihre Fraktion sei bei der EKKo-Maßnahme davon ausgegangen, dass der Wegfall von Kündigungen für alle Beschäftigten gelte. Zu den Aktivitäten der Verwaltung beschreibt sie anhand eines Beispiels, dass das von der Verwaltung gezeichnete Bild nicht ganz richtig sei. Sie fragt, ob die Stadt auf eventuelle Arbeitsprozesse vorbereitet sei.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) beantragt namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

Herr Bürgermeister Brehm informiert, dass Rückstellungen gebildet werden, wenn ein Ereignis eintrete, insofern seien noch keine Rückstellungen gebildet worden. Ein Teil der Personalkosten sei noch für das Jahr 2012 geplant. Derzeit werde keine Veranlassung gesehen für die Jahre 2013/2014 Rückstellungen zu bilden. Er betont, dass es sich hier um einen absoluten Sonderfall handle, der nicht von der Verwaltung verschuldet wurde, sondern durch eine unternehmerische Entscheidung.

Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (51 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)**

Namentliche Abstimmung

Frau	Barthold	Ja
Herr	Bauer	Ja
Frau	Becherer	Nein
Herr	Brückom	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Herr	Dr. Füsslein	Enthaltung
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Nein
Herr	Haase	Abwesend
Frau	Hochmuth	Ja
Herr	Höfler	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Nein
Herr	Horváth	Ja
Herr	Jahn	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Ja
Frau	Köhler	Ja
Herr	Kohlmann	Ja
Herr	Konrad	Ja
Herr	Kraneis	Ja

Herr	Dr. Langer	Nein
Herr	Lehmann	Nein
Herr	Leistner	Ja
Herr	Lesch	Enthaltung
Herr	Lohse	Ja
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Ja
Herr	Möstl	Ja
Herr	Müller	Ja
Herr	Dr. Neubert	Nein
Herr	Otto	Enthaltung
Frau	Pastor	Nein
Frau	Patt	Ja
Frau	Pester	Nein
Herr	Reinshagen	Abwesend
Herr	Rösler	Nein
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Frau	Schaper	Nein
Herr	Scherzberg	Nein
Frau	Schinkitz	Nein
Herr	Schinkitz	Nein
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	Enthaltung
Herr	Schmidt	Ja
Herr	Dr. Schubert	Ja
Herr	Schultz	Ja
Herr	Dr. Schulze	Nein
Herr	Siegel	Nein
Frau	Szymenderski	Enthaltung
Herr	Tillmann	Ja
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Walter	Ja
Frau	Weber	Nein
Herr	Wirth	Ja
Herr	Wolf	Nein
Frau	Zais	Nein
Herr	Zais	Nein
Herr	Ziems	Ja

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass sein Abstimmungsverhalten falsch wiedergegeben wurde.

Aus diesem Grund wird die Abstimmung wiederholt.

Wiederholung der namentlichen Abstimmung

Frau	Barthold	Ja
Herr	Bauer	Ja
Frau	Becherer	Nein
Herr	Brückom	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Herr	Dr. Füsslein	Enthaltung
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Nein
Herr	Haase	Abwesend
Frau	Hochmuth	Ja
Herr	Höfler	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Nein
Herr	Horváth	Ja
Herr	Jahn	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Ja
Frau	Köhler	Ja
Herr	Kohlmann	Ja
Herr	Konrad	Ja
Herr	Kraneis	Ja
Herr	Dr. Langer	Nein
Herr	Lehmann	Nein
Herr	Leistner	Ja
Herr	Lesch	Enthaltung
Herr	Lohse	Ja
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Ja
Herr	Möstl	Ja
Herr	Müller	Ja
Herr	Dr. Neubert	Nein
Herr	Otto	Enthaltung
Frau	Pastor	Nein
Frau	Patt	Ja
Frau	Pester	Nein
Herr	Reinshagen	Abwesend
Herr	Rösler	Nein
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Frau	Schaper	Nein
Herr	Scherzberg	Nein
Frau	Schinkitz	Nein
Herr	Schinkitz	Nein
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	Enthaltung
Herr	Schmidt	Ja
Herr	Dr. Schubert	Ja
Herr	Schultz	Ja
Herr	Dr. Schulze	Nein

Herr	Siegel	Nein
Frau	Szymenderski	Enthaltung
Herr	Tillmann	Ja
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Walter	Ja
Frau	Weber	Nein
Herr	Wirth	Ja
Herr	Wolf	Nein
Frau	Zais	Nein
Herr	Zais	Nein
Herr	Ziems	Ja

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-012/2012

I.

Der Stadtrat beschließt, dass das Sachgebiet Fleischhygiene (39.04) des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes (Amt 39) der Stadtverwaltung Chemnitz mit Wirkung zum 01.03.2012 aufgelöst wird.

Die dort bislang für die Gausepohl Fleisch GmbH verrichteten amtlichen Überwachungsaufgaben werden vollständig und dauerhaft nicht mehr von der Stadt Chemnitz erledigt.

Die sonstigen im Sachgebiet Fleischhygiene 39.04 verrichteten amtlichen Überwachungsaufgaben außerhalb des Schlachthofes der Gausepohl Fleisch GmbH (z. B. ambulante Fleischbeschau, Überwachung kleinerer zugelassener Schlachtstätten) werden mit Wirkung zum 01.03.2012 dem Sachgebiet Lebensmittelhygiene (39.03) zugeordnet.

Wegen der weiteren Einzelheiten der hiermit getroffenen Unternehmerentscheidung wird auf die diesem Beschluss zugrunde liegende Begründung unter Ziffer I. verwiesen.

II.

Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus vorstehender Unternehmerentscheidung ergebenden betriebsbedingten Kündigungen nach Maßgabe der geltenden vertraglichen, tarifvertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen auszusprechen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

5.3 Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: B-013/2012 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass zur Beschlussvorlage zwei Änderungen der Verwaltung, Änderungsanträge aller Fraktionen, eine zusammengefasste Liste der Verwaltung zu diesen Änderungsanträgen sowie Stellungnahmen aller Ortschaftsräte ausgereicht wurden.

Der Haushaltsplanentwurf wurde in allen Ausschüssen und in allen Ortschaftsräten beraten.

In der Zeit vom 10.11.2011 bis 21.11.2011 fand die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung statt. Es gab im Rahmen der Auslegung keine Einsichtnahme. Die Frist für Einwendungen von Bürgern und Abgabepflichtigen endete am 30.11.2011. Es gab keine Einwendung.

Herr Bürgermeister Brehm hält die Haushaltsrede. (*siehe Wortprotokoll*)

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass das Geld knapp sei und man nur das ausgeben solle, was vorher eingenommen wurde. Dabei müsse gut überlegt werden, wofür das Geld ausgegeben werden solle. Es sei nicht völlig ungerechtfertigt, sich über die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen zu beklagen. Unbestritten sei jedoch, dass die Verwaltung und der Stadtrat für den Haushalt der Stadt Chemnitz gemeinsam die Verantwortung tragen. Diese Verantwortung habe die CDU-Ratsfraktion in den vergangenen Jahren immer angenommen und maßgeblich dazu beigetragen, den städtischen Haushalt auf eine solide Basis zu stellen. Als Aufgabe sehe seine Fraktion zunächst, dass sich der Stadtrat und die Verwaltung an beschlossene Sparziele halten müssen. Für offensichtlich nicht realisierbare Sparziele sei eine kurzfristige Fortschreibung des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes und der Haushaltplanung erforderlich. In jedem Fall sei eine Aussage seitens der Verwaltung erforderlich, warum das jeweilige Sparziel nicht erreicht werden konnte. So müsse festgestellt werden, dass im Jahr 2011 das Ziel nicht erreicht wurde und Alternativen bis jetzt nicht auf dem Tisch lägen. Der Haushaltsansatz mit mittelfristiger Finanzplanung sei deutlich negativer als im Rahmen des EKKo dargestellt. Dabei haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis heute positiv entwickelt. Die EKKo-Ziele seien eingerechnet, können aber nicht voll erfüllt werden, so kommt es bis 2015 tendenziell zur steigenden Nichterfüllung. Jetzt müsse die Verwaltungsspitze einen Vorschlag zu den Prioritäten unterbreiten. Dabei müsse eine Kritik der kommunalen Aufgaben formuliert und sich ggf. von einigen Posten getrennt werden, um Wichtigeres vernünftig und für die Zukunft fortführen zu können. So sehe seine Fraktion als erstes die weitere Förderung der Schulen und Kindertagesstätten, insbesondere die Verbesserung des baulichen Zustandes. Der Vorschlag der CDU-Ratsfraktion dafür sei, in den nächsten Jahren ein Budget von ca. 5 Mio. € pro Jahr in die mittelfristige Finanzplanung einzubauen. Zweitens sei eine starke wirtschaftliche Entwicklung wichtig. Deshalb schlage seine Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion vor, 600.000 € zum Ankauf von Gewerbeflächen zu verwenden, um damit den steigenden Bedarf zu decken. Als weitere Säulen im Bereich Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing werde die Erweiterung des Stadthallenkomplexes zum modernen Kongress- und Tagungszentrum gesehen und nicht zuletzt das Projekt des neuen CFC-Stadions. Als Drittes müsse die Kulturlandschaft möglichst vielfältig erhalten bleiben. Hier sehe seine Fraktion allerdings den größten Konzentrationsbedarf im zukünftigen Haushalt. Dabei werden Bereiche aufgegeben werden müssen, da Qualität und Quantität nicht gleichermaßen zu halten sein werden. Die CDU-Ratsfraktion erwarte von der Oberbürgermeisterin stellvertretend für die Verwaltung Lösungsvorschläge, welche die Stadt aus der drohenden finanziellen Schieflage dauerhaft befreien. Abschließend erklärt er, dass seine Fraktion dem Haushalt zustimmen werde, da nur ein beschlossener Haushalt die weitere Entwicklung der Stadt Chemnitz sichere.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass durch die Einführung der Doppik schonungslos die gewaltigen Sanierungsprobleme und der Sanierungsstau noch viel sichtbarer werden. Bezeichnend sei, dass Bund und Land sich der Verantwortung einer Einführung der Doppik nicht stellen. Zunächst müssten die Hauptursachen für die jetzige Situation benannt und dann geprüft werden, wie und an welchen Stellen aktiv entgegengewirkt werden könne. Sicherlich gäbe es Beispiele für fehlerhaftes Verhalten der Verwaltung und auch des Stadtrates. Aber er glaube, dass das bedeutende Finanzloch damit nicht erklärbar sei. Die Finanzmisere der Städte und Gemeinden sei das Ergebnis einer durchgreifenden neoliberalen Politik auf Bundes- und Landesebene. Es werde eine Investitionspauschale im zweistelligen Millionenbereich und keine Sparorgie durch die Landesregierung, die 1,5 Mrd. € mehr Steuern einnehme, erforderlich. Und man brauche eine Stabilisierung der Einnahmen der Kommunen per Gesetz. Den Gemeinden müsse das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln. Dies werde jedoch immer schwieriger. Zum Haushalt der Stadt Chemnitz für das Jahr 2012 stellt er fest, dass dieser nicht ausreichend transparent sei. Das Zahlenwerk in neuer, unbekannter Gliederung, oft ohne Vergleichszahlen zu den Vorjahren, eine sehr späte Abrechnung des EKKo und noch keine Vorlage der Eröffnungsbilanz erschwerten die Bewertung des Haushaltes. Weiterhin stelle seine Fraktion fest, dass mit dem Einsatz der Liquiditätsreserve vorerst der Haushalt ein letztes Mal gekittet werde und gehe davon aus, dass einige Reserven nicht voll ausgeplant seien. Die Fraktion DIE LINKE bringe Anträge zur weiteren Sportförderung und zu Fragen der Umweltgestaltung ein. Er legt dar, woran zukünftig schwerpunktmäßig unter ständiger Einbeziehung des Stadtrates gearbeitet werden müsse. Dies sei sowohl eine Überarbeitung des Personalkonzeptes bei qualitativer Bewertung der Stellenbesetzung sowie Maßnahmen zu dessen Umsetzung. Zweitens werde eine an den heutigen Erfordernissen orientierte Stadtentwicklungskonzeption benötigt, unter dem Aspekt was man sich leisten müsse und worauf notfalls verzichtet werden könne. Er fasst zusammen, dass ohne eine grundlegende Umkehr der Finanzpolitik von Bund und Land die zukünftigen Aufgaben nicht zu lösen seien. Deshalb wende sich seine Fraktion strikt gegen jegliche Übertragung neuer Aufgaben ohne gesicherte Finanzierung durch die Veranlasser, wie z. B. beim finanziellen Ausgleich der steigenden Sozialaufwendungen. Aus den genannten Gründen, werde es in seiner Fraktion deutliche Nein- aber auch klare Ja-Stimmen zur Haushaltssatzung geben.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) stellt fest, dass die heutige Beschlussfassung zur Haushaltssatzung vom Zwang zum Sparen gekennzeichnet sei. Dies sei durch das EKKo und die Mittelfristplanung vorgegeben. Die finanziellen Probleme seien dabei nicht ausschließlich hausgemacht, die Ursachen der kommunalen Finanzkrise säßen tiefer. Wenn man die zusätzlich zur Verfügung gestellten 1,2 Mio. € des Landes mit dem Rückgang der Zuweisungen aus den vergangenen Jahren vergleiche, blieben die Begeisterungstürme sehr klein, insbesondere wenn man sehe, mit welchem Überschuss der Freistaat in diesem Jahr seinen Haushalt abschließen werde. Gleichwohl habe sich die SPD-Fraktion gemeinsam mit der CDU-Ratsfraktion Gedanken gemacht, wie diese zusätzlichen Mittel am besten eingesetzt werden könnten. Dabei sei ihnen wichtig gewesen, dass mit den zusätzlichen Mitteln eine Wertsteigerung erreicht und investive Maßnahmen realisiert werden könnten, die auch aus Sicht der Verwaltung vordringlich seien. Aus diesem Grund wurden das Gebäudemanagement und die Kämmerei gebeten, die vordringlichsten Investitionsmaßnahmen zu nennen, für welche die Stadt möglichst viele Fördermittel erhalten könne und die in diesem Jahr umgesetzt werden könnten. Daraus resultierend wurden die entsprechenden Änderungsanträge zur Verbesserung des Brandschutzes an zwei Grundschulen und zur Sanierung von Kindertagesstätten eingereicht.

Gern hätte die SPD-Fraktion mit diesen zusätzlichen Mitteln auch etwas für den Sport investiert, aber leider ließen die Vorschriften des Freistaates dies nicht zu. Neben diesen Änderungsanträgen schlage seine Fraktion noch einige Umverteilungen innerhalb des Haushaltes vor. So sollen die ursprünglich für die Anschaffung des Ratsinformationssystems vorgesehenen 28.000 € in die Erneuerung von Spielplätzen investiert werden. Eine weitaus größere Umwidmung von Haushaltsmitteln in Höhe von 600.000 € werde im gemeinsamen Änderungsantrag mit der CDU-Ratsfraktion zum Ankauf zusätzlicher Gewerbeflächen vorgeschlagen. Als Deckungsquelle werde vorgeschlagen, Mittel für Hard- und Softwarebeschaffung im Zusammenhang mit dem EKKo um den entsprechenden Betrag zu kürzen, da sich die Erneuerung der PC-Technik durchaus noch etwas strecken ließe, ohne dass dadurch die Arbeitsabläufe in der Stadtverwaltung dauerhaft gestört seien. Auch werde die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Betrieb des Bücherbusses in Höhe von 25.000 € vorgeschlagen. Er geht auf die Änderungsanträge zur Erhöhung der Mittel für die Sportförderung und für das Eissportzentrum ein und erklärt, dass seine Fraktion diese Anträge begrüße und diesen zustimmen werde. Abschließend sagt er, dass auch bei einer gemeinsamen Kritik zur ungenügenden Finanzausstattung der Kommunen die Ablehnung des Haushaltes zu nicht mehr Geld und auch zu keinem Umdenken in der Bundes- und Landesregierung führe. Seine Fraktion werde aus diesem Grund dem Haushalt zustimmen.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) erklärt, dass die Bearbeitung der Änderungsanträge angesichts eines massiv nicht gedeckten Haushaltes schwer falle. Er fragt, wie viel Aussagekraft ein Beschluss zum Haushalt für die Bürger habe, wenn man bereits jetzt wisse, dass auf die Genehmigung der Landesdirektion längere Zeit gewartet werden müsse. Und mit dem Bescheid seien dann gleich wieder EKKO-Maßnahmen erforderlich, um die Auflagen zu erfüllen und irgendwie einen Haushaltsausgleich zu erreichen. In der jetzigen Präsentationsform des Haushaltes sei man von einem Bürgerhaushalt sehr weit entfernt. Deshalb bitte seine Fraktion wiederholt darum, an der Transparenz des Haushaltes zu arbeiten. Inhaltlich stellt er zum Haushalt fest, dass dessen Aussagekraft durch die Eröffnungsbilanz und durch das EKKO wesentlich beeinflusst werde. Die Eröffnungsbilanz liege jedoch noch nicht vor und dies führe zu Unklarheiten über das Vermögen. Das EKKo, welches aus Sicht seiner Fraktion unmittelbar nach dem Sichtbarwerden nicht realisierbarer Maßnahmen überarbeitet hätte aufgestellt und vorgelegt werden müssen, fehle ebenfalls. Seine Fraktion hoffe an dieser Stelle, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Maßnahme zur Subventionierung der Kita-Speisung bis heute Gedanken gemacht habe, da bei Hinfälligkeit dieser Maßnahme wohl ca. 1 Mio. € mehr Mittel benötigt werden. Seine Fraktion hätte erwartet, dass die Verwaltung Ersatzmaßnahmen für hinfällige Beschlüsse vorschlage und erst dann den Haushalt vorlege. Zu Fördermitteln erklärt er, dass Planungen, die zwingende Voraussetzung für Fördermittelanträge seien, nicht vorlägen. Was hingegen Hauruckplanungen zur Folge hätten, sehe man jetzt am Chemnitzer Schulmodell, bei welchem der Um- und Ausbau die Stadt beachtliche 30 % mehr kosten werde. Dieses Geld fehle jedoch für die Sanierung weiterer Schulen. Seine Fraktion denke, dass die Erhöhung der investiven Zuschüsse des Landes am besten und nachhaltigsten in den drei im Änderungsantrag benannten Schulen investiert wäre. Er regt ein Modell zur Finanzierung notwendiger Schulhausbauprojekte durch die städtische Tochter GGGmbH ähnlich dem Modell zur Finanzierung des Stadions an. Seine Fraktion möchte mit weiteren Änderungsanträgen für den Bereich des Sports im Eissportzentrum etwas tun.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass es trotz der massiven Sparmaßnahmen im Rahmen des EKKo nicht gelänge, den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Im Gegenteil wachse auf Grund von Mehrausgaben, wie z. B. der voraussichtlich ab 2013 zu finanzierenden Stadionmiete für den CFC oder steigende Kosten für die Stadtbeleuchtung und Mindererinnahmen das Defizit weiter an. Kritik komme auch von ihrer Fraktion an der Finanzpolitik des Freistaates. Dass bei einem Haushaltsplus von reichlich 2 Mrd. € im Ergebnis des Jahres 2011 lediglich 106 Mio. € für dringend notwendige Investitionen bei den Kommunen ankommen, sei für ihre Fraktion nur schwer nachzuvollziehen. Die für Chemnitz avisierten 1,2 Mio. € seien ein Tropfen auf den heißen Stein, was die Vielzahl der Anträge für die Verwendung deutlich mache. Hier hätte sich ihre Fraktion gewünscht, dass die Verwaltungsspitze den Stadträten auf der Grundlage der vom Stadtrat beschlossenen Prioritätenliste für Schulen und Kitas einen umsetzbaren Vorschlag unterbreitet hätte. Wenn im Ergebnishaushalt bis 2015 der Haushaltsausgleich nicht nachzuweisen sei, werde wieder ein Konsolidierungskonzept erstellt werden müssen. Bei der Umsetzung des EKKo werde deutlich, dass insbesondere die Maßnahmen, die über Steuererhöhungen oder Preissteigerungen für die Nutzung kommunaler Infrastruktur und Angebote die Bürger am Sparkonzept beteiligt haben, relativ zügig umgesetzt wurden, wobei nicht alle den prognostizierten Erfolg brachten. Gleichfalls in Größenordnungen umgesetzt wurden die Sparmaßnahmen im Freiwilligenbereich. Insbesondere die Kürzung bei freien Trägern der Jugendhilfe, in der Sozialhilfe oder im Vereinssport brachten harte Einschnitte. So gehen in vielen Tätigkeitsfeldern der freien Träger die Sparmaßnahmen zu Lasten des Personals und der Qualität der Aufgabenerfüllung. Aus Sicht ihrer Fraktion sei die Entwicklung mehr als besorgniserregend. Lösungsansätze oder Paradigmenwechsel seien in diesem Haushalt nicht in Aussicht, aber nach ihrer Auffassung dringend notwendig. Zu den Personalkosten erklärt sie, dass ihre Fraktion einer restriktiven Bewirtschaftung von Personalkosten grundsätzlich zustimme, es aber zu beachten sei, dass die Grenzen dort erreicht seien, wo notwendige Stellenbesetzungen monatelang verzögert werden oder ein drastischer Anstieg der Überlastungsanzeigen die Folge sei. Das größte Kapital seien die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, da von der Qualität ihrer Arbeit in großem Maße auch die Zufriedenheit der Bürgerinnen abhängen. Dies bedeute für ihre Fraktion auch die strikte Einhaltung der Dienstvereinbarung zwischen Personalrat und Oberbürgermeisterin. Gleichfalls gehöre die Hinterfragung der Sinnfälligkeit z. B. von Umsetzungen im Rahmen des EKKo dazu. Abschließend stellt sie fest, dass der vorgelegte Haushalt weder übersichtlich sei, noch zusätzliche Informationen zur Verfügung stelle und nicht dazu diene, angestrebte Ziele und Ergebnisse im Sinne einer outputorientierten Steuerung deutlich zu machen. Eine Beteiligung des Stadtrates erfolgte nicht. Objektiv spreche nichts dagegen, diesen Zustand zu ändern. Wenn die Doppik als Steuerungsinstrument funktionieren solle, dann müssen die Stadtratsmitglieder so früh wie möglich an der Antwort auf die Frage beteiligt werden, was, wie viel und mit welchem Mitteleinsatz erreicht werden solle. Auch sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es als notwendig an, dass sich in den Schlüsselprodukten Zielstellungen wieder finden. Dafür brauche es Qualifizierung und Verstärkung der gemeinsamen Arbeit zwischen Stadtrat und Verwaltung, der jetzige Zustand sei kontraproduktiv.

Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass die Doppik durch Einbeziehung der Investitions- und Instandhaltungssituation den Haushalt in gewisser Weise ehrlicher und deutlicher machen sollte, für die Stadtratsmitglieder wurde jedoch eher das Gegenteil erreicht. Diese könnten bis auf die Schlüsselprodukte keinen Einblick mehr in einzelne Haushaltsstellen nehmen, was die Beurteilung erschwere. Trotz Doppik könne man aber sehr deutlich erkennen, dass das Minus erheblich größer sei als das Plus.

Frappierend sei dies, da diese Situation in einer Lage eintrete, in der es der Wirtschaft gut gehe. Nach Auffassung seiner Fraktion könne das Gejammer über zu wenig Zuweisungen vom Land immer nur darüber hinwegtäuschen, dass doch auch ganz überwiegende eigene städtische Fehlentscheidungen für die schlechte Finanzlage mit verantwortlich seien. Es gäbe in Chemnitz viele Punkte, die das Minus verursacht hätten. Als Beispiele nennt er hierfür das Museum Gunzenhauser, die Mietbindungen von Verwaltungsgebäuden, die Luxussanierungen von Schulen und Kindergärten, das Theater und eine gewisse Günstlingswirtschaft gegenüber verschiedenen Vereinen und Verbänden. Und auch mit dem neuen Haushalt gäbe es keine realistischen konkreten Vorschläge, wie die Misere behoben werden solle. Es müsse darüber diskutiert werden, welche Angebote ganz konkret eingestellt werden sollten. Denn es sei klar, dass mit dem bestehenden EKKo der Haushalt nicht wieder auf eine solide Basis zu stellen sei. Auch müsse die Frage gestattet sein, warum die Beschlussfassung zum Haushalt erst jetzt im Februar erfolge. Vor einigen Jahren wurde der Haushalt im November bzw. im Dezember des Vorjahres beschlossen. Seine Fraktion lasse sich nicht unter Druck setzen und lehne den Haushalt ab. Er nimmt Stellung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Verein Tiere in Not und erklärt, dass seine Fraktion diesen unterstützen werde. Auch werbe er für den Änderungsantrag seiner Fraktion zur Sportförderung und benenne als Deckungsquelle den Lokalen Aktionsplan. Auch der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Sportförderung sei sympathisch, nicht allerdings die Deckungsquelle. Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei sinnvoll und werde ebenfalls durch seine Fraktion unterstützt. Die Anträge zur Sanierung der Kindertagesstätten würde seine Fraktion ebenfalls gern unterstützen, wenn sie mit zulässigen Deckungsquellen versehen wären. Er persönlich werde dem Änderungsantrag zum Sportforum zustimmen, da hier dringender Sanierungsbedarf bestehe.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zum Beratungsablauf und die Beschlussfassung.

Als Ausgangspunkt der Beratung sei der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 einschließlich der Änderungen der Verwaltung zu sehen.

Die Anhörung der Ortschaftsräte erfolgte i. S. v. § 67 Abs. 4 SächsGemO zu den ortschaftsbezogenen Haushaltsansätzen. Die Stellungnahmen enthalten grundsätzlich Zustimmung zum Haushaltsplan mit entsprechenden Feststellungen. Bei den Ortschaften Mittelbach, Grüna und Röhrsdorf seien Vorschläge enthalten.

Die Vorschläge seitens der Ortschaftsräte Grüna und Mittelbach betreffen das laufende Geschäft der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsumsetzung 2012. Somit sei über diese Vorschläge nicht abzustimmen. Das Dezernat 6 wird sich direkt mit den Ortschaftsräten dazu in Verbindung setzen.

Der Änderungsvorschlag des Ortschaftsrates Röhrsdorf sei fachlich identisch mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Hochwasserschutz in Röhrsdorf. Somit entfalle auch hier die Abstimmung über den Vorschlag.

Somit liegen keine abstimmungsfähigen Änderungsvorschläge der Ortschaftsräte vor.

- Nr. 4a Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ
(Sportförderung von Vereinen und Verbänden)**
**Nr. 4b Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
(Vereinssport/Sportförderung)**

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erklärt, die Intention des Änderungsantrages sei es, nachdem der Chemnitzer Vereinssport mit 5 % zur Haushaltskonsolidierung beigetragen habe und eine weitere Einsparung für den Vereinssport in Höhe von 100.000 € erfolgen solle, die Sportförderung wieder um 100.000 € aufzustocken. Exemplarisch benennt er die Untergruppe der vereinsbetriebenen Sportstätten, welche ohne Personal mit sinkenden Kosten 68 Sportstätten betreiben sollten, was unmöglich sei. Zur Deckungsquelle erklärt er, dass es hierbei nicht um Stellenabbau oder die Kürzung von Gehältern gehe, sondern dass bei der Planung der Personalausgaben nur zeitweise bzw. im Jahr auslaufende Stellen für das gesamte Jahr geplant werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 4a

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 53 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 4b

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
6 Stimmenthaltungen)**

- Nr. 5 Änderungsantrag der Fraktion FDP
(Instandsetzung Sanitäranlagen Turnhalle Guerickestraße)**

Herr Stadtrat Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP) merkt an, dass es in der Turnhalle eine sanierte Duschanlage für beide Geschlechter und eine nicht sanierte Umkleidekabine gäbe. Für die weitere Nutzung dieser Halle sei eine umfangreiche Sanierung erforderlich. Das Land habe für 2012 10 Mio. € Mittel für Sportstättensanierungen zur Verfügung gestellt. Die beantragten 35.000 € seien die Kofinanzierung, um die gesamte Baumaßnahme durchführen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass die Verwendung der Deckungsquelle „Förderung Wissenschaft und Wirtschaft“ kontraproduktiv sei.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass er den Änderungsantrag der Fraktion FDP unterstütze, da die Turnhalle seit Jahren mit höchsten Prioritäten im Maßnahmenplan der vereinsbetriebenen Sportstätten enthalten sei. Mit Bestätigung des Antrages könnte eine begonnene Sportstätte weiter saniert werden. Zur Deckungsquelle schließt er sich der Auffassung der Oberbürgermeisterin an und denkt, dass sich ggf. eine andere Deckung finden ließe.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
13 Stimmenthaltungen)**

Nr. 6a Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Zuschüsse EFC GmbH)
Nr. 6b Änderungsantrag der Fraktion FDP (Zuschüsse EFC GmbH)

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erinnert, dass in den vergangenen Jahren vor dem EKKo-Beschluss die Zuschüsse bereits zurückgegangen seien. Somit wurden die Möglichkeiten zum Sporttreiben für die Bevölkerung, aber auch für den Vereins- und Leistungssport stark eingeschränkt. Von der Deutschen Eislaufunion wurde signalisiert, dass damit die Eissporthalle als Bundesstützpunkt in Frage gestellt werde.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erklärt, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen werde, da die Gefahr der Aufgabe eines Bundesstützpunktes bestehe.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 6a

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück, somit entfällt die Abstimmung über diesen.

Nr. 7 Änderungsantrag der Fraktion FDP (Architekturpreis)

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass es sich bei diesem Antrag nur um eine Umwidmung handle. Die beantragten 45.400 € seien bisher für Wettbewerbe gedacht. Beantragt werde, dass diese Mittel nunmehr für den Architekturwettbewerb verwendet werden sollen.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sagt, dass sie einen Architekturpreis gern unterstützen würde. Da jedoch dann zwischen der Schaffung guter Architektur und dem Architekturpreis abzuwägen sei, da nicht ausreichend finanzielle Mittel vorhanden seien, müsse sie die genannte Deckungsquelle für diesen Antrag ablehnen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Nr. 8a Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
(Zuschüsse Kleingartenvereine)
Nr. 8b Änderungsantrag SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion
(Zuschüsse Kleingartenvereine)

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion von der SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion mitgetragen und der Änderungsantrag Nr. 8b somit zurückgezogen werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 8a

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
11 Stimmenthaltungen)

Da der Änderungsantrag Nr. 8b zurückgezogen wurde, entfällt die Abstimmung hierüber.

Pause von 17:34 Uhr bis 18:00 Uhr

Beratung über den Finanzhaushalt

(Änderungsanträge entsprechend laufender Nummer der zusammengefassten Liste der Verwaltung)

**Nr. 9 Änderungsantrag SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion
(Kirchner-Grundschule)**

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) weist darauf hin, dass die Vorschläge zur Verwendung der Investiven Zweckzuweisungen erst insgesamt beraten werden müssten und dann zur Abstimmung gelangen könnten.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass dieses Verfahren so aufgegriffen werden könne, sofern es keinen Widerspruch hierzu gäbe.

Zur vorgeschlagenen Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.

Herr Bürgermeister Brehm erläutert, dass die Bemerkung „nicht möglich“ in der zusammengefassten Liste der Verwaltung bedeute, dass der entsprechende im Änderungsantrag angegebene Betrag nicht mehr zur Verfügung stehe, sofern vorangegangene Änderungsanträge mit der selben Deckungsquelle bereits bestätigt wurden. Zur Kirchner-Mittelschule erklärt er, dass eine völlige Sanierung mit Baugenehmigung vorliege. Diese Sanierung konnte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln jedoch nicht zu Ende gebracht werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ruft die Änderungsanträge unter den Nummern 9, 10, 11, 14 und 15 zur gemeinsamen Beratung auf, da bei allen Anträgen die Deckungsquelle „Investive Zweckzuweisungen“ angegeben ist.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt zum Beschlussantrag Nr. 9 der SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion, dass in der Kirchner-Mittelschule bereits verschiedene Sanierungen erfolgt seien und im Nachhinein der Brandschutz thematisiert werde. Er fragt, ob dies nicht vorher bekannt war und warum sich Fraktionen über die Deckungsquelle Gedanken machen müssten, obwohl es Aufgabe der Verwaltung gewesen wäre, Geld für den Brandschutz einzusetzen.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) legt dar, dass man sich bei diesem Änderungsantrag an die Prioritätenliste gehalten habe. Er merkt an, dass Planungen nichts über Prioritäten aussagen und konkrete Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Er stellt klar, dass zwar die Beratung der Änderungsanträge gemeinsam erfolgen könne, die Abstimmung jedoch in der entsprechenden Reihenfolge einzeln erfolgen müsse.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) informiert zum Änderungsantrag seiner Fraktion, dass die im Änderungsantrag aufgeführten Grundschulen besichtigt wurden. Er stellt fest, dass diese Schulen dringend saniert werden müssen, wenn sie nicht geschlossen werden sollen. Er weist darauf hin, dass mit der Grundschule Rabenstein, die Rottluffer Grundschule gemeint sei. Er sehe im Vergleich zu den Schulen die Herstellung der Außengelände in Kindertageseinrichtungen nicht als dringendste Aufgabe an.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass die Prioritätenliste nochmals diskutiert und überarbeitet werden müsse. Bei der derzeitigen Diskussion werden die Einrichtungen gegeneinander ausgespielt. Er meint, dass der Änderungsvorschlag der Fraktion FDP zurückgestellt werden solle und diese Schulen für die kommenden Jahre in die Prioritätenliste aufgenommen werden sollten. Für die Kirchner-Mittelschule sollten die entsprechenden Mittel für den Brandschutz beschossen werden, auch wenn ihm dies missfalle. Ebenso solle die Sanierung der Rosa-Luxemburg-Grundschule erfolgen. Abschließend weist er darauf hin, dass auch die Sanierung der Außenanlagen in den Kindertageseinrichtungen wichtig sei.

Herr Stötzer (Leiter GMH) erklärt, dass die beantragte Summe entsprechend des Änderungsantrages der Fraktion FDP für alle drei Schulen bei weitem nicht ausreiche. Er schlägt vor, begonnene Maßnahmen zu Ende zu führen, bevor weitere begonnen werden. Zur Kirchner-Grundschule erwähnt er, dass durchaus viel Geld in den Brandschutz gesteckt wurde, die Mittel jedoch nicht ausgereicht hätten.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) gibt zum Änderungsantrag der Fraktion FDP zu bedenken, dass nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Zu den Grundschulen, welche Plattenbauten sind, fragt sie was mit den Planungen für gleichartige Häuser passiert sei, ob diese nicht genutzt werden könnten. Bei der jetzigen finanziellen Situation sehe sie Mittelverwendung für neue Planungen nicht ein.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) fragt wie der Planungsvorlauf für diese Schulen aussehe.

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet Herrn Stötzer um die Beschreibung der Außenanlagen in den Kindertageseinrichtungen.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) betont, dass nicht aufgrund der fehlenden Planungen, sondern wegen der fehlenden Eigenmittel keine Fördermittel gewährt werden.

Herr Stopat (stellvertretender Amtsleiter Amt 51) legt dar, dass es sich bei den Kindertagesstätten nicht nur um die Sanierung von Außenanlagen handle, sondern auch um eine Maßnahme, bei der statt einer Teilsanierung eine Komplettanierung erfolgen solle. Er weist darauf hin, dass das Förderprogramm des Bundes im Jahr 2013 auslaufe. Wenn rechtzeitig Planungen zu Kindertageseinrichtungen erfolgen, könnten so 2013 zusätzliche Fördermittel akquiriert werden.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) appelliert, dass die Verwaltung intensiver die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten berücksichtigen und dabei das Geld sinnvoll ausgegeben werden müsse.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erinnert, dass in den Haushalt ca. 20 Mio. € für Schulen und Kindertagesstätten eingestellt seien und es sich bei den beantragten Mitteln um zusätzliche Leistungen handle.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) schlägt vor, dass die 1,2 Mio. € zurückgestellt werden und die Problematik nochmals im Schul- sowie im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beraten werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig spricht sich deutlich gegen dieses Verfahren aus.

Abstimmung über den Änderungsantrag 9

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
11 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über den Änderungsantrag 10

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
11 Stimmenthaltungen)

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ändert den Antrag Nr. 11 seiner Fraktion, mit welchem nunmehr ein bereitzustellender Betrag in Höhe von 650.000 € beantragt wird.

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag 11

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über den Änderungsantrag 14

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
8 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über den Änderungsantrag 15

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
9 Stimmenthaltungen)

Nr. 12 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE (Chemnitzer Schulmodell)

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) beantragt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht für das Chemnitzer Schulmodell beschlossen, sondern für alle vier möglichen Projekte zurückgestellt werde. Nach Prüfung solle dann entschieden werden, für welches der vier Vorhaben das Geld am dringendsten gebraucht werde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass die ernsthafte Vorbereitung einer Investition fehle.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass sie den Änderungsantrag ablehnen werde. Sie sehe für das Chemnitzer Schulmodell keine Alternative, zumal die Betriebserlaubnis auslaufe. Das CSM solle gleichwertig wie andere Einrichtungen ausgestattet werden.

Herr Stötzer gibt einen Rückblick zu den Baumaßnahmen des Chemnitzer Schulmodells und der Körperbehinderten Schule. Durch die erforderliche Trennung der Baumaßnahme CSM und Körperbehinderten Schule musste die Planung komplett überarbeitet werden. Die veranschlagten Kosten wurden von 50 Mio. € auf 38 Mio. € gesenkt. Dabei fiel der größte Teil der Einsparungen an das Chemnitzer Schulmodell. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag, um die Projekte durchführen und abschließen zu können.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die zweckgebundene investive Rücklage für vier bestimmte Projekte geschaffen wurde. Das günstigste Objekt solle hierbei ausgewählt werden. Er stellt fest, dass Sachverhalte aus der Änderung der Verwaltung zum Chemnitzer Schulmodell nicht von Beginn an Gegenstand der Maßnahme waren. Die Mittel der investiven Rücklage für das Chemnitzer Schulmodell wurden am 04.05.2011 auf 3,75 Mio. € aufgestockt. Nun werden laut Verwaltung nochmals 1,3 Mio. € zusätzlich benötigt. Da stelle sich die Frage, ob in der Vergangenheit alles korrekt gelaufen sei und dargestellt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass die Betriebserlaubnis für das Chemnitzer Schulmodell auslaufe, wenn keine Alternativen geschaffen worden wären.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass der Änderungsantrag so nicht stehen bleiben könne, sondern in der Gesamtheit gesehen werden müsse. Er stellt erneut fest, dass es keine Investitionssicherheit gäbe.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) bittet um Auskunft, warum in der Vorlage im Vorfeld schon eine Summe für Nachträge eingestellt werde und um Klärung eines Plausibilitätsfehlers in der Summe.

Herr Stötzer legt dar, wo der Mehrbedarf entstanden sei und schlägt vor, dass die Kosten im Detail im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss besprochen werden.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) befürworte eine Diskussion im Ausschuss, dass aber zunächst das Geld beschlossen und anschließend diskutiert werden solle, könne er nicht mittragen.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Änderungsantrag darauf hinziele, dass die Thematik im Schulausschuss nochmals beraten werde.

Herr Bürgermeister Brehm betont, dass die Rücklage für vier bestimmte Schulen zweckgebunden sei. Er weist aber darauf hin, dass mit einer Vertagung der Fertigstellungstermin nicht eingehalten werden könne, da keine Ausschreibung erfolgen könne. Der Kritik zu den Mehrkosten werde sich jedoch gestellt.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, warum im gestrigen Planungs-, Bau- und Umweltausschuss die Maßnahme nicht nochmals vorgestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(23 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nr. 13 Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Tierpark)

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ändert den Antrag ihrer Fraktion bezüglich der Deckungsquelle, da mehrere Änderungsanträge diese Deckungsquelle angeben und ihre Fraktion sich dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion zu den Spiel- und Freizeitanlagen anschließen werde. Als neue Deckungsquelle gibt sie den Brückenbau Dresdner Straße mit der Produktuntergruppe 54410 an.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion und informiert, dass die Standsicherheit des Hirschstalls gefährdet und der Kulanstall nicht als Tierunterkunft gebaut worden sei. Er weist darauf hin, dass der Chemnitzer Tierpark die besucherstärkste Einrichtung der Stadt sei und dessen Bestand gesichert werden müsse.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass der Änderungsantrag jetzt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU sei.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Nr. 16 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE (Hauptstadion Sportforum)

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass die Sportentwicklungsplanung das Sportforum in die Kategorie A einordne, was bedeute, dass ein dringend notwendiger Sanierungsbedarf bestehe. Er sagt, das Sportforum diene als Schul- und Breitensportobjekt und als Sportstätte des Bundesstützpunktes Leichtathletik. Es wurde wiederholt festgestellt, welche Bedeutung Planungen für langfristige Maßnahmen habe. So war es für ihn folgerichtig, dass im Haushalt für das Jahr 2011 in der Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2013 das Hauptstadion Eingang gefunden habe. In diesem Jahr müsse man feststellen, dass diese Sportstätte gestrichen wurde. Hierzu hätte zumindest eine Diskussion im zuständigen Ausschuss geführt werden müssen. Die genannte Deckungsquelle sei nicht gegen das Stadtbad gerichtet, aber parallel dazu wäre es notwendig, dass auch im Bereich der Sportstätten Planungsleistungen vorangestellt werden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) spricht für seine Fraktion gegen den Änderungsantrag. Er meint, dass das Sportforum eine hervorragende Trainingsstätte sei, Wettkämpfe dort aber nicht mehr machbar seien. Eine sinnvolle Maßnahme würde hier 10 bis 12 Mio. € kosten. Dies sei parallel zum Stadtbad nicht leistbar. Für das Stadtbad seien in den kommenden Jahren hohe Investitionen erforderlich, wenn dieses erhalten bleiben solle.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich den Ausführungen des Herrn Müller an und meint, dass die Deckungsquelle unseriös sei. Sie sagt, dass sich auch im Bereich Sport die Verhältnisse geändert haben und der Sportentwicklungsplan ggf. überarbeitet werden müsse.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass darüber nachgedacht werden müsse, welche Bedeutung der Sport in Chemnitz habe. Für aktive Betätigung müssten entsprechende Bedingungen hergestellt werden. Auch müsse der Sport im Stadtrat zukünftig eine viel größere Rolle spielen. Bei der Deckungsquelle Stadtbad gehe es um eine teilweise zeitliche Verschiebung.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erinnert, dass u. a. die SPD-Fraktion im vorigen Jahr das Stadtbad als Deckungsquelle für den Ausbau der Zschopauer Straße eingebracht habe.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (19 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)**

- Nr. 17a Änderungsantrag SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion und
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 (Ersatzbeschaffung Spiel- und Freizeitanlagen)**
Nr. 17b Änderungsantrag Fraktion FDP (Investitionen Spielplätze)

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion unterstütze.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass generell ein Mindestmaß an Investitionen gebracht werden müsse. Andere Spielplätze dürften wegen des Konkordiaparks nicht vernachlässigt werden.

Herr Bürgermeister Brehm weist darauf hin, dass mit der Deckungsquelle „e-Government“ in eine EKKo-Maßnahme eingegriffen werde. Wenn die Gesamtsumme erheblich reduziert werde, bringe dies Schwierigkeiten für die Umsetzung der Maßnahme.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) informiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nunmehr ebenfalls Einreicher dieses Änderungsantrages sei. Er kritisiert anhand des Beispiels Spielplätze die Produktbeschreibungen und kündigt einen Antrag seiner Fraktion für eine Globalsteuerung dieser Problematik an.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt, warum das Amt 67 keinen weiteren Spielplatz aufnehmen konnte.

Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob durch die genannte Deckungsquelle das Konsolidierungsziel zum „e-Government“ gefährdet werde.

Herr Bürgermeister Brehm bestätigt dies im Zusammenhang mit einer eventuellen Bestätigung des Änderungsantrages Nr. 20.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) stimmt Herrn Brückom zu und kritisiert, dass kein EDV-Konzept bestehe. Er glaube, dass die Verschiebung keine kritische Wirkung habe, da vielmehr die Zeit benötigt werde, um die EDV-Konzeption auf den Weg zu bringen.

Abstimmung über den Änderungsantrag 17a

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(54 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)**

Der Änderungsantrag der Fraktion FDP 17b wird mit geändertem beantragten Betrag in Höhe von 225.000 € vorgelegt.

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag 17b

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(20 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
9 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 18 Änderungsantrag SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion
(Sanierung Otto-Teich)**

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) begründet den Änderungsantrag und die stadtgebietsbezogene Bedeutung des Otto-Teiches. Aus Sicht des Stadtbauwerks werde im Flemminggebiet für lange Zeit nicht viel passieren. Aus diesem Grund sei es wichtig, dass ein Maßnahmenbündel von Wohnumfeld verbessernden Maßnahmen umgesetzt werde. Durch eine Machbarkeitsstudie solle herausgefunden werden, ob der Otto-Teich wieder hergestellt werden könne und anliegende Wohnungsunternehmen dazu gebracht werden könnten, Teilleistungen zu übernehmen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt Herrn Bürgermeister Brehm, ob es möglich sei, 3.000 € aus der nicht erhobenen Umlage des Planungsverbandes umzulagern.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 19 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
(Hochwasserschutz Pleißenbach)**

**Nr. 21 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
(Hochwasserschutz Pleißenbach)**

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass ein feststehendes Hochwasserkonzept für den Pleißenbach existiere. Über die letzten Jahre wurden die entsprechenden Maßnahmen jedoch vor sich her geschoben.

Abstimmung über den Änderungsantrag 19

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag 21

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 20 Änderungsantrag SPD-Fraktion und CDU-Ratsfraktion
(Grunderwerb Gewerbeflächen)**

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) bittet Herrn Geissler um Darstellung der Hintergründe des Antrages.

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) erinnert Frau Oberbürgermeisterin Ludwig, dass im Aufsichtsrat eine Vorlage zugesichert wurde, in welcher der Ist-Stand und die Notwendigkeit weiterer Gewerbeflächen dargelegt werden. Da diese Vorlage noch nicht vorliege und der Änderungsantrag dementsprechend nicht beurteilt werden könne, stellt er folgenden Antrag:

„Der Betrag von 600.000 € für den Grunderwerb Gewerbeflächen wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Aufhebung des Sperrvermerkes kann nur durch Beschluss des Stadtrates erfolgen.“

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass im Aufsichtsrat eine Flächenbilanz vorgelegt werden und die Gesellschafterin den Sachverhalt in den Haushalt einstellen müsste. Er halte den Änderungsantrag vom Verfahren her für falsch, da so der Stadtrat in die Zuständigkeiten des Aufsichtsrates eingreife.

Herr Geissler (Geschäftsführer CWE) führt aus, dass weitere Gewerbeflächen benötigt werden. Dabei weist er darauf hin, dass ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung die CWE zwei Jahre benötige, um diese Gewerbeflächen zu vermarkten. Er schildert die derzeitige Situation zu den einzelnen Flächen. Da diese alle ausgelastet seien bzw. bereits Kaufinteresse angemeldet wurde, werde der Erwerb weiterer Gewerbeflächen vorgeschlagen.

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass mit der vorgeschlagenen Deckungsquelle vorangegangene Stadtratsbeschlüsse gefährdet seien und die Fraktion DIE LINKE dem nicht zustimmen könne.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, inwieweit Herr Geissler Kenntnis über den Flächenvorrat in Privatbesitz habe.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) möchte wissen, ob die Übertragung von Gewerbeflächen nicht über den Aufsichtsrat gehe.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass im Aufsichtsrat zwar regelmäßig Flächenbilanzen vorgelegt werden, die Fraktionen aber eigene Initiativen ergreifen könnten.

Herr Geissler bestätigt, dass zu Ansiedlungen von Gewerbeflächen regelmäßig Berichterstattungen im Aufsichtsrat erfolgen. Er sagt, dass es private Gewerbeflächen gäbe, hier aber aus verschiedenen Gründen eine Erschließung derzeit nicht in Frage käme.

Herr Stadtrat Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP) fragt, ob es möglich wäre, dass die CWE Gewerbeflächen über Kredite ankaufe.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meint, dass der Weg des vorgesehenen Erwerbs nicht in Ordnung sei. Ihn interessiere, welche Flächen das sein sollen.

Beratung über die Verpflichtungsermächtigung

(Änderungsantrag entsprechend laufender Nummer der zusammengefassten Liste der Verwaltung)

**Nr. 23 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
(Hochwasserschutz Pleißenbach)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

Beratung über den Stellenplan

(Änderungsantrag entsprechend laufender Nummer der zusammengefassten Liste der Verwaltung)

**Nr. 24 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Streichung KW-Vermerke Umweltzentrum)**

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Streichung der entsprechenden KW-Vermerke Grundlage dafür sei, dass das Umweltzentrum bestehen bleiben könne, denn nur die Synergie dieser Stellen mache die Arbeit mit den Vereinen und Verbänden möglich. Er beantragt namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass in den letzten Wochen eine Vielzahl von Schreiben einging, welche deutlich gemacht haben, dass es innerhalb der Bevölkerung einen starken Rückhalt für das Umweltzentrum gäbe und sie bittet diesem Antrag zuzustimmen.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) sagt, dass viele Zuschriften zur guten Arbeit des Umweltzentrums in den Fraktionen eingingen und meint, dass man nun sehen müsse, ob dies auch wirklich so eintrete.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) erinnert ausdrücklich, dass das Umweltzentrum auch über bürgerschaftliches christliches Engagement verfüge.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) spricht sich für den Änderungsantrag aus, da das Umweltzentrum auch Bildung im weitesten Sinne anbiete.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt abschließend, dass die zwei Stellen im Wesentlichen zur Koordinierung der noch bestehenden Arbeitsgruppen erforderlich seien. Zum Internetauftritt sagt er, dass es fast unmöglich sei, relativ schnell Projekte einzustellen.

Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag 24

Frau	Barthold	Nein
Herr	Bauer	Ja
Frau	Dr. Becherer	Nein
Herr	Brückom	Nein
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Herr	Dr. Füsslein	Ja
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Ja
Herr	Haase	Abwesend
Frau	Hochmuth	Nein
Herr	Höfler	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Ja
Herr	Horváth	Ja
Herr	Jahn	Nein
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Enthaltung
Frau	Köhler	Enthaltung
Herr	Kohlmann	Abwesend
Herr	Konrad	Enthaltung
Herr	Kraneis	Enthaltung
Herr	Dr. Langer	Ja
Herr	Lehmann	Ja
Herr	Leistner	Enthaltung
Herr	Lesch	Nein
Herr	Lohse	Ja
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Nein
Herr	Möstl	Nein
Herr	Müller	Nein
Herr	Dr. Neubert	Ja
Herr	Otto	Nein
Frau	Pastor	Ja
Frau	Patt	Ja
Frau	Pester	Ja
Herr	Reinshagen	Ja
Herr	Rösler	Ja
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Frau	Schaper	Ja
Herr	Scherzberg	Ja
Frau	Schinkitz	Ja
Herr	Schinkitz	Ja
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	Nein
Herr	Schmidt	Ja

Herr	Dr. Schubert	Nein
Herr	Dr. Schultz	Nein
Herr	Schulze	Ja
Herr	Siegel	Ja
Frau	Szymenderski	Enthaltung
Herr	Tillmann	Nein
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Walter	Ja
Frau	Weber	Ja
Herr	Wirth	Nein
Herr	Wolf	Ja
Frau	Zais	Ja
Herr	Zais	Ja
Herr	Ziems	Nein

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 25 Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Umwandlung der Stelle Behindertenbeauftragte in 1,0 AE ab 2013)**

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Beratung über Schlüsselprodukte

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) erklärt, dass er die Schlüsselprodukte nicht verstehe, da sie nicht einleuchtend seien und nennt mehrere Beispiele dafür.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig führt aus, dass der Verwaltung bekannt sei, dass die Schlüsselprodukte noch nicht optimal vorgelegt worden seien. Es werde weiter daran gearbeitet, gern sollten hierbei auch die Stadtratsmitglieder in den Ausschüssen beteiligt werden.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) stellt fest, dass bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss hierzu auf Probleme hingewiesen wurde, die bis heute aber nicht ergänzt wurden.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) beantragt vor der Abstimmung über die Haushaltssatzung eine Auszeit.

Auszeit von 20:31 bis 20:43 Uhr

Durch **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** wird die Haushaltssatzung in ihren aktualisierten Teilen verlesen.

Abstimmung über die Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2012

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-013/2012

Der Stadtrat beschließt nachstehende Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2012.

Aufgrund von § 74 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Stadtrat der Stadt Chemnitz in der Sitzung am 08.02.2012 mit Beschluss-Nr. B-013/2012 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Chemnitz voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

im **Ergebnishaushalt** mit dem

- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	545.815.467 EUR
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	585.826.610 EUR
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Ordentliches Ergebnis) auf	-40.011.143 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	400.000 EUR
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	-400.000 EUR
- Gesamtbetrag des ordentlichen Ergebnisses auf	-40.011.143 EUR
- Gesamtbetrag des Sonderergebnisses auf	-400.000 EUR
- Gesamtergebnis auf	-40.411.143 EUR

im **Finanzhaushalt** mit dem

- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf des Ergebnishaushaltes als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	-7.367.871 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	40.886.301 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	60.368.401 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-19.482.100 EUR
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-26.849.971 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	21.752.760 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	30.578.350 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-8.825.590 EUR
- Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes auf festgesetzt.	-35.675.561 EUR

Nachrichtlich:

Entnahme aus der Rücklage investive Schulbaumaßnahmen	6.379.203 EUR
Entnahme aus der Liquiditätsreserve	29.296.358 EUR

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf festgesetzt.	12.152.760 EUR
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen, der in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	27.778.360 EUR
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.	75.000.000 EUR
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

§ 5

Die Hebesätze sind wie folgt festgesetzt:	
für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	350 v. H.
für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	540 v. H.
für die Gewerbesteuer auf	50 v. H.

§ 6

Weitere Festsetzungen

Abs. 1

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 79 Abs. 1 SächsGemO gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall 100.000 EUR übersteigen. Bis zu diesem Betrag ist der Stadtkämmerer ermächtigt zu entscheiden. Der Kämmereramtsleiterin wird bis zu einem Betrag von 25.000 EUR die Ermächtigung dazu erteilt.

Diese Wertgrenzen gelten auch für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei Einhaltung des im § 3 ausgewiesenen Gesamtbetrages.

Als Einzelfall gilt jeweils die Summe der über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen sowie der eingesetzten Deckungsquellen je Produktsachkonto. Bei Investitionen zählt als Einzelfall jeweils die Summe der über- und außerplanmäßigen Auszahlungen je Maßnahmenummer. Mittelbereitstellungen aus der Inanspruchnahme von Deckungskreisen bleiben bei der Berechnung außer Betracht.

Abs. 2

Als unerheblich gelten weiterhin nicht zahlungswirksame über- und außerplanmäßige Aufwendungen, die im Rahmen des Haushaltsrechts erforderlich werden einschließlich der Jahresabschlussbuchungen.

Über- und außerplanmäßige Auszahlungen aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen und Rücklagen gelten als unerheblich.

Soweit zur Erfüllung offener Verbindlichkeiten Auszahlungsermächtigungen aus Vorjahren oder verfügbare Mittel aus Vorjahren bestehen, gelten diese Auszahlungen ebenfalls als unerheblich.

§ 7

Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes der Stadt Chemnitz „Das TIETZ“

Gemäß § 15 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes und § 11 Abs. 2 lit. d) der Betriebssatzung des Eigenbetriebes der Stadt Chemnitz „Das TIETZ“ wird der Wirtschaftsplan 2012 für den Eigenbetrieb der Stadt Chemnitz „Das TIETZ“ festgesetzt:

1. **Erfolgsplan**

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

im Erfolgsplan	mit Erträgen i. H. v.	2.689.822 EUR
	mit Aufwendungen i. H. v.	11.112.997 EUR
	mit einem Jahresfehlbetrag von	- 8.423.175 EUR
im Liquiditätsplan	mit einem Mittelzu- /Mittelabfluss	
	aus der laufenden Geschäftstätigkeit i. H. v.	- 7.900.522 EUR
	aus der Investitionstätigkeit i. H. v.	- 670.556 EUR
	aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v.	7.919.411 EUR.

2. Kreditermächtigung
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird festgesetzt auf 0 EUR.
3. Verpflichtungsermächtigungen
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für 2012 wird festgesetzt auf 0 EUR.
4. Kassenkredite
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 0 EUR.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

6 Informationsvorlage

Information zur Umsetzung der EKKo-Maßnahme 67/08 - Neuorientierung Botanischer Garten/Schulbiologie- und Naturschutzzentrum
Vorlage: I-012/2012 Einreicher: Dezernat 6

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob aus dieser Informationsvorlage eine Beratungsvorlage erarbeitet werde.

Frau Bürgermeisterin Wesseler antwortet, dass diese Vorlage im Ausschuss bereits beraten wurde.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Frau Stadträtin Pester und Frau Stadträtin Schaper geben schriftliche Ratsanfragen ab.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, warum die Kindertagesstättenbedarfsplanung, einschließlich der Fortschreibung, in der Stadt Chemnitz kein öffentliches Dokument ist und nicht öffentlich zugänglich ist, so wie das in anderen Städten gehandhabt wird.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) möchte zur Subventionierung des Mittagessens in Kindertageseinrichtungen wissen, ob es stimme, dass seitens der Stadt, seitens des Jugendamtes versäumt worden sei, entsprechende bestehende Verträge mit den freien Trägern zu kündigen. Auch möchte er wissen, ob versäumt worden sei die entsprechende Rahmenvereinbarung, welche Basis für die einzelnen Verträge mit den Kindertagesstätten sei, im Stadtrat zu ändern und welche Auswirkungen zu erwarten wären, wenn freie Träger auf die Einhaltung der bestehenden Verträge bestehen würden.

8 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift
der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Lesch (Fraktion FDP)**
und **Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE)** bestätigt.

15.02.2012
Datum *Barbara Ludwig*
Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

20.02.2012
Datum *Wolfgang Lesch*
Lesch
Mitglied
des Stadtrates

16.02.2012
Datum *Neubert*
Dr. Neubert
Mitglied
des Stadtrates

13.02.2012
Datum *Seidel*
Seidel
Schriftführerin